

Publikationen zur Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung

Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Hrsg.), *Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreiches* (= Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien, Bd. 18), Oldenbourg Verlag, München 1990, 461 S., geb., 108 DM.

Mit der Veröffentlichung der Beiträge des Kolloquiums »Der Aufstieg der sozialistischen Arbeiterorganisation zur Massenbewegung im Deutschen Kaiserreich« vom März 1988 ist eine wichtige Zwischenbilanz sozialgeschichtlicher Forschung über die sozialistische Arbeiterbewegung im Kaiserreich erschienen. Weil die Arbeiterbewegung selbst Produkt der Sozialgeschichte der Arbeiterschaft ist und die Geschichte der Arbeiter andersherum nicht ohne die Berücksichtigung ihrer Interessenorganisationen zu verstehen ist, werden Arbeiterbewegungsgeschichte, Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und Geschichte des Kaiserreiches miteinander verknüpft. Da der Aufstieg der Sozialdemokratie regional uneinheitlich verlief, fördern die gesammelten Regionalstudien Bedingungen zutage, die diesen Aufstieg förderten, und benennen Faktoren, die ihn hemmten. In den regional unterschiedlichen Handlungsrahmen analysieren die Autoren die Politik der Arbeiterorganisationen und zeigen die Sozialdemokratie auch als gestaltende Kraft, die mehr als nur Produkt ihrer Entstehungsvoraussetzungen ist.

Im ersten Teil verbinden wahlhistorische Studien die Entwicklung der Sozialdemokratie und ihres Rekrutierungspotentials mit den (wahlrechtlichen) Handlungsbedingungen und der regionalen Ausgestaltung des Parteiensystems. Peter Steinbach stellt fest, daß die sozialdemokratischen Erfolge nicht allein aus den Prozessen sozialen Wandels abzuleiten sind, sondern auch aus den Konstellationen politischer Konflikte im Parteien- und Wahlsystem (S. 34 f.). Dabei zeigt er, daß die Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg mit dem »Status einer isolierten und desintegrierten Partei« (S. 21) die »Grenzen ihrer Mobilisierungsfähigkeit« (S. 6) erreicht hatte. Bernhard Mann untersucht die Beteiligung der SPD an den preußischen Landtagswahlen und kann deutlich machen, daß unter den Bedingungen des Dreiklassenwahlrechtes »auch eine reformerische, zur Integration in das politische System bereite Arbeiterpartei keine echte Chance« gehabt hätte (S. 48) und so kaum eine Alternative zur prekären Balance zwischen revolutionärem Schwung und vorsichtigem Abwarten (S. 46) bestand. Auf Grundlage der Individualstatistik der sächsischen Landtagswähler von 1901 und 1909 kann Gerhard A. Ritter anschließend die Struktur der SPD-Wählerschaft und die Bedingungen einer starken Polarisierung zwischen Sozialisten und bürgerlichen Kräften analysieren. Ritter betont die Bedeutung sozioökonomischer Faktoren im hochindustrialisierten Sachsen und das Fehlen einer starken katholischen Konfession für die Herausbildung der überwiegend gewerblich-städtischen Hochburgen der Sozialdemokratie in Sachsen. Am Beispiel der Stellung der Sozialdemokratie im Parteiensystem Bayerns, Württembergs und Badens, die durch einen geringen Industrialisierungsgrad, eine

klein- und mittelbäuerliche Landwirtschaft und eine mehrheitlich katholische Bevölkerung geprägt waren, zeigt Merith Niehuss Bedingungen auf, unter denen es der SPD gelang, auch nicht-proletarische Schichten zu gewinnen. Da die Sozialdemokratie in diesen Bundesstaaten strukturell auf eine Minderheitenposition verwiesen war, waren für Zentrum und bürgerliche Parteien Bündnisse mit der SPD gefahrloser und ermöglichten der SPD Erfolge auf kommunal- und sozialpolitischem Gebiet, schwächten aber das »kämpferische Klassenbewußtsein« (S. 109) und führten auf der kommunalen Ebene fast zum Verlust der politischen Identität (S. 125). Die folgenden Koreferate konkretisieren die Aussagen über die süddeutsche Sozialdemokratie: Hartwig Brandt zeigt für das frühe Kaiserreich die Verschränkung von bürgerlich-liberaler und proletarischer Demokratie in Württemberg. Erst kurz vor der Jahrhundertwende gewannen Milieudifferenzierungen an Bedeutung. Klaus Tenfelde verweist auf die Forschungsdefizite bei der Industrialisierungsgeschichte Bayerns und fragt, ob nicht der spezifische Typus der Industrialisierung mehr noch als Wahlrechts- und Parteiensystem die Prägung der bayerischen Sozialdemokratie mitbestimmt hat. Am Beispiel des Münchener Westends, eines rasch wachsenden Arbeitervorortes mit relativer sozialstruktureller und lebensgeschichtlicher Homogenität, verdeutlicht Stephan Bleek das Nachlassen der prägenden Wirkung hergebrachter Wertesysteme und den Aufstieg der Sozialdemokratie, deren Milieubildung allerdings nicht belegt wird.

Im zweiten Teil werden Mitgliedschaft und Führungsgruppen der Sozialdemokratie analysiert. Zunächst beschäftigt sich Dieter Fricke mit der Ausbreitung der Parteiorganisation von 1905 bis 1914. Hervorzuheben sind nach Fricke die Herausbildung einer »Partei mit Massencharakter« (S. 156), die allerdings nur Teile der Arbeiter organisatorisch erfaßte, deren industriell-städtischer Charakter und die Differenzierung zwischen fluktuierenden Neumitgliedern und langjährigen aufopferungsvolle Kleinarbeit leistenden Funktionären. In den angedeuteten Differenzierungen in der Vorkriegssozialdemokratie sieht Fricke bereits schwere Hypothesen für die Zukunft der Arbeiterbewegung. Wesentlich differenzierter faßt Adelheid von Saldern den Forschungsstand über die SPD-Mitgliedschaft zusammen. So war die SPD eine Arbeiterpartei überwiegend gelernter (Industrie-)Arbeiter mit handwerklichen und entsprechenden organisatorischen Traditionen bei Unterrepräsentation un- oder angelernter Arbeiter und Fehlen unterster proletarischer Schichten. Kleinbürgerliche Schichten, meist der Arbeiterschaft entstammend oder von quasi-proletarischer Existenz, stellten 5 bis 20 % der Mitgliedschaft, während nur in den Parteizentren einige Akademiker und Intellektuelle zur SPD fanden. Bei der Betrachtung »sozialkultureller Dispositionen« der Mitgliedschaft wird trotz der Fortschritte qualitativ oder erfahrungsgeschichtlich angelegter Untersuchungen deutlich, daß die Bedeutung spezifischer Arbeits- und Lebenserfahrungen noch weiter herausgearbeitet werden muß. Der Typus des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten ist dagegen gut erforscht, wie der Beitrag von Wilhelm Heinz Schröder eindrucksvoll zeigt, so daß ein kollektivbiographischer Reichstagskandidaten-Lebenslauf vorgelegt werden kann.

Im dritten Teil wird mit dem Begriff »Sozialmilieu« (Lepsius) die Verknüpfung bestimmter Lebensumstände mit dem Organisationsgeflecht der Sozialdemokratie und die Herausbildung einer politisierten Gegenkultur untersucht. Dieter Hertz-Eichenrode zeigt, daß der Organisations- und Wahlerfolg in Berlin nicht nur auf die Folgen des sozialen Wandels zurückzuführen ist, sondern der Anstrengung der Partei größte Bedeutung zukommt. Indem die Berliner SPD die Stadt mit einem Organisationsnetz durchzog, machte sie die Organisation zu einer wirkungsvollen Waffe, mit der es gelang, »den sozialen Protest [. . .] in ein kontinuierliches, diszipliniertes Engagement für kollektive Ziele umzuwandeln« (S. 257). Im quellennahen Beitrag von Peter-Christian Witt wird die Herausbildung der sozialdemokratischen Hochburg Harburg verfolgt. Dort trieb eine kompromißunwillige bürgerlich-nationalliberale Kommunalpolitik auch bürgerliche Schichten in die Arme der Sozialdemokratie, die durch den Aufbau eines Netzes von Selbsthilfeorganisationen, von ei-

genen Einrichtungen und Kommunikationsformen quasi Ersatz für fehlende kommunale Leistungen bzw. eine eigenständige Gegenwelt schuf. Für die vier Reichstagswahlkreise des »engeren Ruhrgebietes« untersucht Karl Rohe die Entwicklung der Sozialdemokratie im regionalen System »politischer Lager«. Nachdem dort in den 1870er Jahren dem politischen Katholizismus mit einer spezifischen »Kombination von traditionaler Wertorientierung und religiös-sozialer Integration« der Durchbruch gelungen war, bildeten die nicht-katholischen Gruppen ein bürgerlich-nationales Lager, in dem sich bürgerlich-protestantische Schichten, protestantische, ausgesprochen national-orientierte und großbetrieblich-patriarchalisch gebundene Arbeitergruppen fanden. Erst »verspätet«, ab den 1890er Jahren, gelang es der Ruhr-Sozialdemokratie, dieses Zweilagersystem zum Dreilagersystem aufzubrechen und sich zur Massenbewegung zu entwickeln. Die Ursachen lagen im Niedergang des Patriarchalismus und in der Masseneinwanderung, die die traditionellen Lager in ihrer Integrationsfähigkeit überforderte. An Rhein und Ruhr bildete die Sozialdemokratie »den Typus einer Sammlungsbewegung, die zwar auch eine gewisse Milieufundierung besaß, in erster Linie politisch jedoch davon lebte, daß sie das in der Region versammelte und häufig anonym bleibende politische Protestpotential an sich zog« (S. 333).

Im vierten Teil wird die regionale und branchenmäßige Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung behandelt. Klaus Schönhoven liefert auf der Basis des vorhandenen Materials Grundlagen und Interpretationen zur regional- und branchenspezifischen Ausbreitung der Gewerkschaften für weitere Untersuchungen über die für die Organisationsbereitschaft verhaltensrelevanten Faktoren. Die Wirkung von Arbeitskämpfen analysiert Friedhelm Boll vor dem Hintergrund der Streikforschung und kann im Zusammenhang mit der wellenhaften Entwicklung von Streiks und deren Grundmustern die These vom stetigen Aufstieg der sozialistischen Arbeiterbewegung relativieren, wobei auch Disparitäten zwischen Arbeitskampf-, Wahl- und Organisationsentwicklung sichtbar werden. Boll kommt zu dem Ergebnis, daß – wie Karl Kautsky schon 1909 meinte (S. 382) – die Freien Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg »an eine klar erkennbare Entwicklungsgrenze gestoßen waren« (S. 413). »Aussperrungspraxis und sogar Tarifvertragswesen waren zu Fesseln geworden, die erst mittels einer erneuten Kampfzeit aufgebrochen werden konnten« (S. 413). Abschließend widmet sich Marina Cattaruzza in einer die Schiffbauregionen vergleichenden Studie den Organisationsprozessen der Werftarbeiter. Regional differenziert wird die Herausbildung industriegewerkschaftlicher Vorgehensweisen der zersplitterten Gruppe der Werftarbeiter untersucht, wobei die Zentralisierung wesentlich durch das einheitliche Vorgehen der Gegenseite beeinflußt wurde.

Leider fehlt der Forschungsbilanz eine integrierende Zusammenfassung, die den Eindruck eines diffusen sozialdemokratischen Kulturmilieus (Cattaruzza, S. 417) relativieren könnte. Obwohl Ritter es für verfehlt hält, die »Klassenbeziehungen im Deutschen Kaiserreich auf einen Nenner bringen zu wollen« und »gegenläufige Prozesse« einer schärferen Polarisierung und einer Abschleifung sozialer Gegensätze konstatiert (S. XIX f.), hätte Ritters hervorragender Vortrag »Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive« vom Mai 1988 (Schriften des Historischen Kollegs: Vorträge, 22; HZ 249, 1989), in den auch Ergebnisse des Kolloquiums eingingen, diesen wichtigen Band gut abrunden können.

Der Überblick über die regionalen Entwicklungsmuster der Sozialdemokratie provoziert die Frage, was diese Bewegung eigentlich zusammenhielt. Neben der erzwungenen Außenseiterrolle dürfte dem durch die Wahlerfolge beflügelten vulgärmarxistischen Glauben an den notwendigen Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft und den Sieg des Sozialismus wesentliche Bedeutung zukommen. Inwieweit Teile der Anhängerschaft in der Sozialdemokratie – weniger ideologisch – überwiegend eine radikale Protestpartei gesehen haben (Rohe) oder aber die SPD als Reformpartei unterstützten (Witt), müßte genauer geklärt werden. Wenn denn die sozialistische Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg die

Ausschöpfung ihres Rekrutierungspotentials erreicht hatte, stellt sich weiter die Frage nach den Perspektiven ihrer Politik. Während Ritter selbst vorsichtig mit Prognosen ist (S. XX), wird der Sozialdemokratie von mehreren Autoren eine Öffnung gegenüber anderen sozialen Gruppen anempfohlen. Unter Berücksichtigung längerfristiger Trends wie dem Bedeutungsverlust konfessionellen Wählens, der nachlassenden Bindungskraft überkommener Vorstellungswelten und der Durchdringung aller Lebensbereiche und Regionen durch die Industrialisierung und schließlich der Erfolge der Arbeiterbewegung in einer relativ kurzen Zeitspanne erscheint es fraglich, ob der Weg zu einer Reformpartei der einzig erfolgversprechende gewesen wäre. Darüber hinaus war der Weg zu einer sozialreformistischen Volkspartei weitgehend versperrt, weil die den Wilhelminischen Obrigkeitsstaat tragenden Kräfte weder willens noch fähig zu innerer Reform waren. Der Obrigkeitsstaat insgesamt, deren immanenter Bestandteil die Arbeiterbewegung war, steckte in der Krise und überstand ja auch die selbst provozierte Herausforderung des Weltkrieges nicht. Die in der Diskussion über die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung erhobene Forderung nach einer vergleichbaren Analyse der übrigen »politischen Lager« dürfte hier interessante Ergebnisse zeitigen.

Stefan Goch, Gelsenkirchen

Friedrich Ebert und seine Zeit. Bilanz und Perspektiven der Forschung, hrsg. v. Rudolf König, Hartmut Soell und Hermann Weber im Auftrag der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Oldenbourg Verlag, München 1990, 182 S., geb., 48 DM.

Wie kaum ein anderer deutscher Politiker des 20. Jahrhunderts mobilisiert ein immerhin sechs Jahre als Staatsoberhaupt amtierender Friedrich Ebert auch Generationen nach seinem Tod noch kontroverse Meinungen, und dies nicht allein entlang parteipolitischer Lager und historischer »Schulen«. Wie Peter-Christian Witt einleitend in einem Literaturbericht und Problemaufriß dokumentiert, wurde ein spezifisches Bild Eberts als ein frühere Parteihorizonte überschreitender »Staatsmann«, der Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vor dem »Reichszerfall« und der »bolschewistischen Gefahr« gerettet habe, in der Bundesrepublik zunächst von konservativen und rechtsliberalen Autoren geprägt. In bloßer Umwertung gleichermaßen ungeprüfter Klischees erfolgte dann in einem breiten »linken« Spektrum seine Abstempelung als »Verräter« an einstigen gemeinsamen Zielen der Arbeiterbewegung oder zumindest als Symbolfigur des Versagens vor der Aufgabe einer demokratischen Neuordnung im Übergang zur Weimarer Republik. Das beklagte Defizit, daß eine »sein ganzes Leben umfassende, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Biographie über ihn bis zum heutigen Tage nicht entstanden« ist (S. 13), dürfte deshalb nicht nur in der unzulänglichen Quellenlage angesichts fehlender Nachlaß-Überlieferung begründet liegen, sondern spiegelt auch die Probleme eines historisch fundierten Urteils jenseits zeitbedingter und standpunktgebundener Blickperspektiven.

Vor solchem Hintergrund ist es ein Vorzug dieses – aus einem Symposium anläßlich des 70. Jahrestags der Wahl Eberts zum Reichspräsidenten hervorgegangenen – Bandes, daß unterschiedliche Positionen markiert und zugleich einige Konturen einer konsensfähigen Zwischenbilanz skizziert werden. Mit Witt wird man es Ebert positiv anrechnen dürfen, daß er »die verfassungsrechtlich sehr starke Stellung des Reichspräsidenten gerade nicht als Instrumentarium zur Durchsetzung eines präsidentiellen Systems, sondern zur Absicherung des verfassungsrechtlich intendierten parlamentarischen Regierungssystems« einsetzte (S. 31). Diesen Eindruck bestätigen die aus Pressematerial gewonnenen Befunde des Beitrags von Klaus Megerle (S. 131–145), der die Bemühungen Eberts um eine integrie-